

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurern-, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibenspferereien und Glasereien, für Gipser, Puzer, Stukkateure, Abplatteteure, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseher, Glaser aller Art, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends
Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld)
Bestellungen nur durch die Post
Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom
Deutschen Baugewerksbund
Hamburg 25, Wallstr. 1

Preis für Geschäftsanzeigen die zehngespaltene Millimeterzeile 1,25 M. Bei größeren Abschläffen Rabatt, der nur als Kassarabatt gilt.
Arbeitsmarkt die dreigespaltene Kleinzeile 3 M.
Anzeigen der Baugewerkschaften Zeile 50 M.

Mitglieder des Baugewerksbundes! Es ist die Absicht der Bauunternehmerverbände und der hinter ihnen stehenden Großindustrie, die Bauarbeiterorganisationen niederzuringen, um ihnen den Achtstundentag zu entreißen und die Löhne zu kürzen! Ein Reichstarrifvertrag soll Euch aufgezwungen werden, der all Euer Streben nach etwas mehr Licht und Lebensfreude, nach einem erträglichen Dasein lahmlegen soll! Gegen diese vom Unternehmertum beabsichtigte Vergewaltigung wehrt Euch! Bekundet Solidarität und Opfermut! Zahlt die vom Bundesbeirat beschlossenen Kampfbeiträge gern und willig! Hoch der alte Kampfesgeist der Bauarbeiter! Hoch unser Bund! Alle Kraft gegen die Vergewaltigungsabsichten des Unternehmertums! Vorwärts für eine bessere Zukunft Eurer selbst und Eurer Familien!

Vorstand und Beirat des Baugewerksbundes und die Großkämpfe im Baugewerbe.

Am 27. Juli nahm in Hamburg der Bundesbeirat und Vorstand Stellung zu den Großkämpfen im Baugewerbe. Die Sitzung wurde 9 1/2 Uhr durch Paeplow eröffnet. Er begrüßte die Erschienenen und stellte fest, daß alle Bezirke und der Ausschuß vertreten sind. Auch alle Vorstandsmitglieder sind anwesend. Zur Verhandlung stand ein einziger, aber sehr wichtiger Gegenstand:

Bericht über den bisherigen Verlauf und derzeitigen Stand der Streiks und Ausperrungen im Baugewerbe und unsere Maßnahmen hierzu.

Den einleitenden Bericht erstattet der Bundesvorsitzende Paeplow. Zunächst gibt er eine vorläufige Uebersicht über den Stand unserer Mitgliederzahl. Nach den letzten Feststellungen beträgt unsere Mitgliederzahl rund 370 000. Bei einer Anzahl Baugewerkschaften mußten leider bei dieser Berechnung die alten Zahlen eingesetzt werden, weil die Fragebogen nicht beantwortet wurden. Die Arbeitslosigkeit war bisher immer noch recht nennenswert, so daß verhältnismäßig große Summen für Arbeitslosenunterstützung aufgewendet werden mußten. Die pünktliche Einfindung der Bundesbeiträge läßt immer noch viel zu wünschen übrig; es mußte immer wieder darauf gesehen werden, daß in dieser Beziehung auf größere Pünktlichkeit gehalten wird. Der Nebner geht hierauf ein auf den bisherigen Verlauf und den jetzigen Stand unserer Streit- und Ausperrungsbewegungen. In Württemberg haben die Kollegen in kurzer Zeit einen guten Erfolg erreicht. In Baden kam es vor ungefähr 6 Wochen zunächst zu Teilkämpfen, worauf die Unternehmer zur Ausperrung griffen. In gleicher Weise ist bisher der Kampf in Mecklenburg verlaufen. Es folgte der Freistaat Sachsen, wo im Verlauf von Teilkämpfen ebenfalls auf der ganzen Linie ausgesperrt wurde. In Berlin kam es zum Streit. Dort wurde ein ganz unglücklicher Schiedspruch gefällt, der vor allem wegen der großen Unterschiedspanne im Lohn zwischen Gelehrten und Ungelehrten nicht angenommen werden konnte. In der Provinz Sachsen und in Anhalt wurde ohne jeden sachbaren Grund ausgesperrt. Auch der Streit in Cassel wäre zu erwähnen neben einigen kleineren, allerdings finanziell bedeutungsloseren Streiks. Wir haben insgesamt rund 56 000 Mann im Kampfe. Es dürfte einleuchtend sein, daß ein Kampf von solchem Umfange aus den Kassenbeständen und den täglich eingehenden Geldern auf die Dauer nicht finanziert werden kann. Der Vorstand mußte zu den bekannten außerordentlichen Maßnahmen greifen, wodurch eine Einsparung an Geldmitteln möglich wurde. Für die nächste Zeit sind die Unterstützungen gesichert. Doch damit allein dürfen wir uns nicht begnügen. Wir dürfen nicht warten, bis unsere Geldmittel erschöpft sind. Denn der wohlüberlegte Plan des Unternehmertums geht dahin,

unsern Bund kampfunfähig

zu machen, um ihn dann seine Bedingungen aufzwingen zu können. Diesen Unternehmertriumph müssen wir mit allen Kräften verhindern. Wir müssen deshalb besondere Maßnahmen treffen, die uns verbürgen, alle Kämpfe bis zum guten Ende durchhalten zu können. Unbekümmert darum, ob wir zu etwaigen Verhandlungen über einen Reichstarrif kommen, was offenbar der Schlüsselstein der Vergewaltigungsabsichten des Unternehmertums ist, mußte die Frage der Erhebung von Extrabeiträgen erzwungen werden; auch seien in den Kreis unserer Erwägungen besondere größere Streitbeiträge zu ziehen. Der Zimmererverband habe bereits besondere Beiträge beschlossen. Mögen auch bei uns Beschlüsse zustande kommen, die die Durchführung unserer Kämpfe gewährleisten, um den Unternehmern endgültig zu beweisen, daß unser Bund in keiner Weise unterliegen ist. Zum Schluß erwähnt der Nebner noch das Erscheinen von Abgesandten des Ausgeschlossenenverbandes im Hauptbureau zu Hamburg wegen Herstellung der Einheitsfront und des Uebertritts des Ausgeschlossenenverbandes zu unserm Bunde. Darüber werden wir uns noch besonders unterhalten müssen. In der Ansprache tritt deutlich zutage, daß die jetzt im Gange befindlichen Kämpfe ein wohlabgekartetes Spiel der Bauunternehmer, unterstützt durch die

Großindustrie, bedeuten, um durch Massenausperrungen den Bund an den Verhandlungstisch zu zwingen zwecks Abschlußes eines Reichstarrifs. Diese Herren möchten den Baugewerksbund bis zum Herbst mattsetzen, ihm dann einen minderwertigen, untragbaren Reichstarrifvertrag aufzwingen, um dann im nächsten Jahre freie Bahn zu haben auf dem Baumarkt, der dann jedenfalls belebter sein dürfte als bisher, da dann durch Reichstagsbeschl. jedenfalls 20% aus den Mietaufkommen für den Baumarkt zur Verfügung stehen dürften. Inwiefern Reichsstellen die sauberen Pläne der Unternehmer unterstützen, läßt sich natürlich nicht feststellen, doch wird die Tatsache selbst angesichts verschiedener Vorkommnisse stark vermutet. Alle Nebner stimmen darin überein, daß sich der Bund

unter keinen Umständen niederzwingen

lassen darf. Zwischen durch wird über den Stand der derzeitigen Kämpfe berichtet. Daraus ergibt sich, daß die Ausperrungen bei weitem nicht den Umfang angenommen haben, wie es die Unternehmer beabsichtigt hatten. In allen Ausperrungs- und Streikgebieten kommt aber nur die Zahl Ausgesperrter und Streikender heraus, die Paeplow statistisch hat feststellen lassen. Immerhin ist diese Zahl ansehnlich genug, um besondere Maßnahmen durch Erhebung von Extrabeiträgen zu veranlassen. Alle, die in Arbeit stehen, müssen dazu herangezogen werden. Der Baugewerksbund muß beweisen, daß er eine Kampforganisation ist und bleiben will. Ferner wird der Ansicht Ausdruck gegeben, daß alles versucht werden müsse, die Arbeitslosenunterstützung trotz der großen Kämpfe auch weiterhin aufrecht zu erhalten. Um so dringender aber erweist sich die Notwendigkeit der Einhebung besonderer Kampfbeiträge. Nach Beendigung der Ansprache, in der auch die Redaktion dringend um eine bessere Berichterstattung über den Stand der Kämpfe für den „Grundstein“ ersucht, wird nach einem Schlußwort Paeplows nachstehendes beschlossen:

Die den Bauarbeitern aufgezwungenen Kämpfe werden mit Energie fortgeführt. Es werden zur Unterstützung der Kämpfe zunächst für 3 Wochen von jedem in Arbeit stehenden Mitgliede

Besondere Kampfbeiträge

erhoben und zwar für die 32., 33. und 34. Beitragswoche. Der Vorstand wird ermächtigt, im Bedarfsfalle noch weitere Kampfbeiträge einzuziehen. Diese Kampfbeiträge sind Pflichtbeiträge, sie müssen neben den ordentlichen Beiträgen schnellstens eingehoben und Zug um Zug der Hauptkasse zur Verfügung gestellt werden. Alle Unterstützungen sind für das ganze Jahr nach der Beitragshöhe des 1. Quartals 1925 zu berechnen. Die Kampfbeitragsätze betragen je Woche bei einem

Stundenlohn bis 55 Pfennig	2 Mark
„ über 55 „ 70 „	3 „
„ „ 70 „ 90 „	4 „
„ „ 90 „ 110 „	5 „
„ „ 110 „	6 „

Lehrlinge, Jugendliche, die Jugendmarken haben, und weibliche Mitglieder sind von der Zahlung der Kampfbeiträge befreit. Sonstige örtliche oder bezirkliche Beschlüsse, betreffend Extrabeiträge, kommen während der Wochen bei Einhebung der Kampfbeiträge in Wegfall. In Kampfgebieten, wo bereits höhere Streitbeiträge beschlossen sind, sind besondere Zusatzmarken für die zu den neuen Bedingungen Arbeitenden zulässig. Die in Bezirks- und Baugewerkschaftskassen befindlichen Streikfonds sind, soweit es noch nicht geschehen, sofort der Hauptkasse zur Verfügung zu stellen.

Hierauf berichtet Bernhard über die Vorbereitungen für die im September in Aussicht genommenen Werberveranstaltungen. Er bittet, recht bald die vorgesehene Versammlung und Referenten bekanntzugeben, damit eine rechtzeitige Veröffentlichung des Versammlungstabelleaus im „Grundstein“ möglich ist.

Ueber die in der letzten Zeit wieder lautgewordenen Anträge des Verbandes der „Ausgeschlossenen Bauarbeiter“, sich mit dem Baugewerksbund zu vereinigen (siehe Grundstein Nr. 31), berichtet ebenfalls Kollege Bernhard. Er gedenkt der Vorgänge, die zur Abspaltung der „Ausgeschlossenen“ führten und beleuchtet die marantesten Vorkommnisse bis auf den heutigen Tag. Besonders beachtlich sind die Reden und Beschlüsse, die auf kommunalistischen Tagungen erzeigt wurden; denn der Verband der „Ausgeschlossenen Bauarbeiter“ ist ja keine selbständige Körperschaft, ist nicht frei in seinen Entschlüssen, sondern eine stark abhängige Filiale der kommunalistischen Partei. Es ist auch bekannt, daß der „B. d. a. B.“ überall willfährig ist, die Beschlüsse der kommunalistischen Partei auszuführen. Es sei nicht nötig, hier die vielen Befehle der kommunalistischen Zenträle an ihre Mitglieder einzeln zu zitieren. Der Sinn aller Befehle ist: Hinein in die Gewerkschaften, um sie zu zerstören! Das bestreiten zwar die Kommunisten, aber ihre Taten beweisen, daß ihre Reden Lügen sind. Der diesjährige kommunalistische Parteitag, der in den letzten Wochen in Berlin abgehalten wurde, hat wieder mit aller Deutlichkeit bezeugt, daß die zur kommunalistischen Partei gehörenden Arbeiter verpflücht sind, die Mitgliedschaft in den freien Gewerkschaften zu erwerben; nicht aber zu dem Zweck, gewerkschaftliche Aufbauarbeit zu leisten, sondern um kommunalistische Zellen und Fraktionen zu bilden, kommunalistische Parteiarbeit zu betreiben, fortgesetzt die „reformistischen“ Führer zu verdächtigen, solange zu wählen und zu heben, bis der einzelne Verein und dann die ganze Gewerkschaft als gefügige Filiale der kommunalistischen Partei anheim gefallen ist. Der derzeitige „Oberbozse“ der kommunalistischen Partei, Thälmann, sagte auf dem Kongress: „Unsere Arbeit in den Gewerkschaften ist das Fundament unserer Organisation, der Grundstock unserer politischen Plattform... Solange wir nicht dazu übergehen, das Vertrauensmännerystem in den Betrieben auszubauen, die Betriebszellen in enge Verbindung mit den Massen in den Betrieben bringen, solange wird es uns nicht möglich sein, Aktivität in den Betrieben und Gewerkschaften zu entfalten... Unsere Genossen (die Kommunisten) müssen es endlich verstehen lernen, daß sie mehr Wert auf die gewerkschaftliche Tätigkeit in den Betrieben und auf die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften legen... daß es notwendig ist, Fraktionen zu bilden, um von diesen Fraktionen aus politische Arbeit zu leisten und dadurch den Kreis des Walles der Sympathisierenden zu erweitern. In jeder Gewerkschaft, in jedem Betrieb, in jeder Ortsgruppe ist es notwendig, die Gründung von Fraktionen auf schnellstem Wege sofort vorzunehmen, wo solche noch nicht bestehen... Durch diese Partelle muß unsere Fraktionsarbeit bedeutend vergrößert werden.“ Nach dieser Rede sind dann folgende Bestimmungen in das Statut der kommunalistischen Partei aufgenommen worden:

„In allen außerparteilichen Arbeiter- und Bauernorganisationen... Gewerkschaften, Genossenschaften... Betriebsräten, Erwerbslosenverbänden, auf Kongressen und Konferenzen... in denen wenigstens zwei Kommunisten vorhanden sind, müssen zur Steigerung des Einflusses der Partei und zur Verwirklichung ihrer Politik kommunistische Fraktionen organisiert werden... Die Fraktionen sind nicht selbständige Organisationen, sondern sie unterstehen den zuständigen Parteileitungen... Die Fraktionsleitungen bedürfen der Bestätigung durch die zuständige Parteileitung und sind dieser verantwortlich... Die Parteileitung kann jedes Mitglied der Fraktionsleitung absetzen... Die zuständige Parteileitung kann auch die Ueberführung einzelner Genossen von einer Fraktion in die andere erlauben... Jede Frage, die in der Körperschaft, in der die Fraktion tätig ist, entschieden wird, muß vorher in der Vollversammlung der Fraktion oder ihrer Leitung erörtert werden. In jeder Frage, über die in der Fraktion eine Entscheidung getroffen wurde, müssen die Fraktionsmitglieder in der Vollversammlung der betreffenden Organisation oder Körperschaft geschloffen auftreten und abstimmen. Gegen alle, die diese Regel überschreiten, werden Disziplinarmaßnahmen im Wege der Parteieinflüsse getroffen.“

Nimmt man zu diesen Reden und Beschlüssen noch die Äußerungen nicht ganz unverantwortlicher „Ausgeschlossener“, dann können wir uns ein klares Bild vor Augen stellen von den Zuständen, wie sie nach der Aufnahme des „B. d. a. B.“ in dem Baugewerksbund sein werden. Der Ausschuß des „B. d. a. B.“ hat seinen Sitz in Leipzig, der Ausschußvorsitzende heißt Groß. Dieser Groß erklärte am 8. April dieses Jahres in einer öffentlichen Bauarbeiterversammlung in Bitterfeld wörtlich: Wir wollen in die Baugewerkschaften zurück, um dieselbe Politik zu treiben, wie wir sie in den Jahren 1922 und 1923 getrieben haben, selbst auf die Gefahr hin, daß wir in einem halben Jahre wieder rausgeschmissen werden.

Auch die Zeitung des „B. d. a. B.“, der „Bauarbeiter“ wird nicht ganz unmaßgeblich sein. Sie veröffentlichte in ihrer Nr. 7, 11. April 1925, folgende Erklärung: Der Druck der deutschen Bauarbeiter auf die Bürokratie ist also nicht stark genug, um die Wiedervereinigung zu erzwingen. Es kommt nun darauf an, die Zellenarbeit in den Baugewerkschaften zu verstärken.

Von dem starken Drang nach der „Einheitsfront“ zeugt sicher auch die Einladung an die kommunistisch eingestellten Mitglieder unserer Leipziger Baugewerkschaft vom 26. Mai dieses Jahres:

Die nunmehr schon seit einem Jahre dauernden Versuche zur Bildung einer Fraktion innerhalb des Baugewerksbundes sind bisher immer wieder gescheitert. Wir wollen Euch in diesem Schreiben keinen Vortrag halten über die Notwendigkeit der Fraktionsarbeit innerhalb der Gewerkschaft. Unsere Aufgabe ist es vielmehr, zunächst endlich einmal dazu zu kommen, die Voraussetzung zu schaffen, daß auch im Baugewerksbund eine Fraktion gebildet und dort in unserem Sinne fraktionell gearbeitet wird.

Die kommunistische Partei will „ihre Gewerkschaften“ jezt „liquidieren“. Die „liquidierten“ Mitglieder, das heißt, die Konkursmasse sollen die richtigen Gewerkschaften übernehmen. Thälmann hat auf dem kommunistischen Parteitag erklärt, die kommunistischen Splittersonifikationen hätten gar keinen Wert, die Auflösung einiger dieser Verbände sei auch schon weit vorgeschritten. Einen Kampffaktor sieht Thälmann noch in dem Bauarbeiterverband; hierin und in dem Wahlverstand des „größten Kommunistenfressers“ Paeplow sieht er Hemmnisse gegen die „Liquidation“ des „B. d. a. B.“. Trotzdem, es soll „liquidiert“ werden.

Die „Liquidation“ können wir der kommunistischen Partei ruhig überlassen; aber wir werden uns hüten müssen gegen das Krebsgeschwür, das selbst die kommunistische Partei nicht vertragen kann. Wir müssen die liquidierte Konkursmasse, die noch alles Gift der Zellen- und Fraktionsbildung in sich trägt, ablehnen. Wir sind jeden Tag zur Schaffung einer alle Bauarbeiter umfassenden Organisation bereit; aber gleich der kommunistischen Partei muß eine gute, arbeitsfähige Gewerkschaft die Unterwerfung aller Mitglieder unter die Satzung und die Beschlüsse der Bundestage und aller nachgeordneten Instanzen fordern. Die kommunistische Partei duldet keinen Widerspruch ihrer Mitglieder gegen Beschlüsse, die ordnungsmäßig zustande gekommen sind; nur bis zur Beschlußfassung darf über die vorliegenden Fragen diskutiert werden, dann hat sich jeder stillschweigend zu fügen. Nicht ganz soviel fordern die Gewerkschaften von ihren Mitgliedern, sie gewähren den „oppositionellen“ Mitgliedern noch einige Tage „Schimpffreiheit“. Wenn sie dann aber zur Ordnung gerufen worden sind, dann haben sie sich zu fügen und nach den Beschlüssen mitzuarbeiten. Der kommunistische Parteitag sagt an einer Stelle seiner Resolution zur Gewerkschaftsarbeit: „Die Gewerkschaften sind Kampforgane der gesamten Klasse, die alle Proletarier ohne Rücksicht auf ihre politische Einstellung umfassen kann und zusammenfassen muß zum Kampf für ihre wirtschaftlichen Interessen.“ — Das ist uns keine neue Idee, sondern es ist ein alter Grundgedanke der wirklich freien Gewerkschaften. Bei der kommunistischen Partei ist dieser Satz nichts als Heuchelei, sonst hätte sie nicht ihre Beschlüsse zur Zellenbildung fassen und verschärfen können. Denn damit ist keine einheitliche Organisation aufzubauen und zu erhalten. Gäßen die Ausgeschlossenen jemals den guten Willen zu einer Wiedervereinigung gezeigt, so hätten sie seit dem Leipziger Verbandstag dazu schon immer Gelegenheit gehabt. Der Weibereintritt in unsern Bund ist ihnen so leicht gemacht, daß jedermann, der den ehrlichen Willen zur Gemeinschaftsarbeit hat, jederzeit Gelegenheit geboten ist, unsern Bund als Mitglied wieder anzugesuchen. Das haben besonders seit dem Bundestag 1924 Tausende bereits eingesehen; sie haben die Konsequenzen gezogen und sind dem Baugewerksbunde wieder beigetreten. Warum zögern die übrigen?

Kollege Bernhard fragte am Schluß seiner Ausführungen: „Können wir von dem „Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter“ oder von seinen einzelnen Mitgliedschaften erwarten, daß sie anders handeln, als die kommunistische Partei?“ Und er antwortete: „Nein! Der B. d. a. B. wird wie die kommunistische Partei und ihre offiziellen und inoffiziellen Filialen fortfahren mit dem Zellen- und Fraktionsbau, forschen mit der Verhegung in den Gewerkschaften, mit der Beschimpfung und Verleumdung ihrer Führer. Solange dies geschieht, kann eine korporative Vereinigung und Einheitsfront, so sehr dies mancher auch wünscht, für uns nicht in Frage kommen.“

Die Weiratskonferenz stimmte den Ausführungen des Kollegen Bernhard vollkommen zu. Ferner wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Bildung gemeinsamer Streikkomitees abzulehnen sei.

Es folgte noch eine Erörterung über die Führung der Statistik in den Bezirksverbänden, die zur Zeit der statistischen Feststellungen im Kampfe standen. Des ferneren machte Kollege Thielberg noch einige Mitteilungen über die Fertigstellung der Ehrenurkunden für langjährige Mitglieder, die sich verzögern wird, weil der Druck nicht sauber herausgekommen ist.

Damit war der Beratungsstoff erschöpft. Kollege Paeplow wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß nunmehr den Bezirksleitern in ihren Gebieten wichtige Arbeit bevorstehe. Gelte es doch jezt, die gefassten Beschlüsse praktisch wirksam zu machen, den Kollegen die Notwendigkeit und Bedeutung der beschlossenen Kampfmaßnahmen zum Bewußtsein zu bringen, den alten Dyerstun und Kampfesmut zu wecken, um unter allen Umständen die Bergewaltigungspläne der Unternehmern zum Scheitern zu bringen. Das ist unsere nächste und dringendste Aufgabe. Der Nebener schließt dann die Konferenz um 7 1/4 Uhr abends mit Wünschen glücklicher Heimreise.

Die Bauhütten im Kampf der Bauarbeiter.

Der Schließliche Provinzial-Arbeiterverband für das Baugewerbe hat sich unter dem 8. Juli mit einem Rundschreiben an die Auftraggeber des Baugewerbes gewandt, um sich gegen den Vorwurf der Passivität gegenüber den Lohnforderungen der Bauarbeiter zu vertheidigen. Darin ist die Bedeutung der Bauhütten für die Kämpfe der Bauarbeiter so gut dargestellt, daß alle unsere Mitglieder davon Kenntnis nehmen sollten. Wir bringen daher mit folgendem das von dem Vorsitzenden des Verbandes, Beck, und dem Ehrenrats Dr. Hochbaum unterzeichnete Schreiben in seinem vollen Wortlaut zum Abdruck:

Von unsern Auftraggebern (Behörden, Industrien und sonstigen Kaufherren) wird uns des öfters der Vorwurf gemacht, daß wir hinsichtlich der Lohnforderungen der Gewerkschaften allzu nachgiebig seien und demgemäß die Bauarbeiterlöhne an der Spitze minderten. Die industriellen Auftraggeber weisen nicht mit Unrecht darauf hin, daß durch die dauernden Lohnverhörunge im Baugewerbe das gesamte

sohnelische Lohnniveau ins Gleiten geraten wird und zu einer wirtschafts- und nahrungspolitischen Katastrophe führen wird. Die Behörden sind in letzter Zeit zum Teil dazu übergegangen, Arbeiten nur noch zu Festpreisen zu vergeben, um auf diese Weise nachträgliche Lohnverhörunge an andere Schultern abzuwälzen. Unseres Erachtens ist dies jedoch lediglich ein oberflächliches Mittel, das nicht den gemeinsamen Erfolg gelten kann. Hier heißt es, tiefer zu greifen, das Uebel an der Wurzel fassen und auf diese Weise mitzuheben, die stetigen Lohnverhörunge im Baugewerbe in beunruhigender Höhe zu lenken. Der Auftraggeber, und speziell der Auftraggeber, kann das Baugewerbe hierin in keinem Maße unterstützen. Wenn uns wie bereits oben erwähnt, borgefordert wird, daß wir in Lohnforderungen allzu nachgiebig sind, so entbehrt dieser Vorwurf seiner Berechtigung, besonders wenn man daran denkt, daß wir Ausprägungen nicht in dem Maße durchführen können, wie zum Beispiel die Metallindustrie oder die Textilindustrie. Im Baugewerbe ist der schlimmste Feind, der uns bei Lohnkämpfen in den Rücken fällt, der

sich die Kampfsituation zunutze macht, um sein Arbeitsfeld zu vergrößern oder aber um Sacharbeiter für seine eigenen Betriebe freizumachen — die Bauhütte. Wenn das Baugewerbe dafür kämpft, daß Lohnverhörunge in Interesse seiner Auftraggeber unterbleiben, dann halten die Bauhütten ihre große Finte ab und holen noch diejenigen Aufträge herein, die durch den Streik beziehungsweise die Ausprägung den im Wirtschaftskampfe befindlichen Aufträgen verlorengegangen sind. Aber Auftraggeber weiß, daß heute im Baugewerbe unterhalb ein Mangel an Sacharbeitern herrscht, daß infolgedessen eine Verlängerung der Arbeitszeit über 8 Stunden gerade im Baugewerbe dringender am Platze wäre. Diese Verlängerung ist in allen anderen Industrien durchführbar, nur nicht im Baugewerbe. Hier steht wiederum die Bauhütte in unserm Rücken, die im Wirtschaftskampfe über Verlängerung der Arbeitszeit „in brüderlichem Geiste“ ihre gegenwärtigsten Schöpfer unterstüzt.

Einzelne Auftraggeber lassen sich nun verleiten, der Bauhütte deshalb den Auftrag zu geben, weil sie meinen

kämpfen im Baugewerbe. Manchmal scheint es sogar, als ob die Bauunternehmer die ...

Die „Bauwelt“ und unsere Kämpfe. Zum Berliner Bauarbeiterstreik erzählt die „Bauwelt“ ...

Die Bauarbeiter sind gerettet. Die Bauarbeiter sind gerettet. Die Bauarbeiter sind gerettet ...

Die Bauarbeiter sind gerettet. Die Bauarbeiter sind gerettet. Die Bauarbeiter sind gerettet ...

Die Bauarbeiter sind gerettet. Die Bauarbeiter sind gerettet. Die Bauarbeiter sind gerettet ...

Die Bauarbeiter sind gerettet. Die Bauarbeiter sind gerettet. Die Bauarbeiter sind gerettet ...

Die Bauarbeiter sind gerettet. Die Bauarbeiter sind gerettet. Die Bauarbeiter sind gerettet ...

Die Bauarbeiter sind gerettet. Die Bauarbeiter sind gerettet. Die Bauarbeiter sind gerettet ...

Die Bauarbeiter sind gerettet. Die Bauarbeiter sind gerettet. Die Bauarbeiter sind gerettet ...

Die Bauarbeiter sind gerettet. Die Bauarbeiter sind gerettet. Die Bauarbeiter sind gerettet ...

Die Bauarbeiter sind gerettet. Die Bauarbeiter sind gerettet. Die Bauarbeiter sind gerettet ...

Die Bauarbeiter sind gerettet. Die Bauarbeiter sind gerettet. Die Bauarbeiter sind gerettet ...

Die Bauarbeiter sind gerettet. Die Bauarbeiter sind gerettet. Die Bauarbeiter sind gerettet ...

Die Bauarbeiter sind gerettet. Die Bauarbeiter sind gerettet. Die Bauarbeiter sind gerettet ...

Die Bauarbeiter sind gerettet. Die Bauarbeiter sind gerettet. Die Bauarbeiter sind gerettet ...

unterhalten. Diese Begründung beweist, wie wenig eine allgemeine wirtschaftliche ...

Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Verhandlungen sind gescheitert ...

Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Verhandlungen sind gescheitert ...

Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Verhandlungen sind gescheitert ...

Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Verhandlungen sind gescheitert ...

Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Verhandlungen sind gescheitert ...

Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Verhandlungen sind gescheitert ...

Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Verhandlungen sind gescheitert ...

Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Verhandlungen sind gescheitert ...

Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Verhandlungen sind gescheitert ...

Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Verhandlungen sind gescheitert ...

Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Verhandlungen sind gescheitert ...

Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Verhandlungen sind gescheitert ...

Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Verhandlungen sind gescheitert ...

Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Verhandlungen sind gescheitert ...

ganisationen zu machen, damit dann „der Kampf bald durch Arbeitsaufnahme zu den alten Bedingungen beendet würde“ ...

Stenbal. Leiter der Volkswirtschafts- und Volksgesundheits- Der hiesige Unternehmerratsrat ...

Stenbal. Leiter der Volkswirtschafts- und Volksgesundheits- Der hiesige Unternehmerratsrat ...

Stenbal. Leiter der Volkswirtschafts- und Volksgesundheits- Der hiesige Unternehmerratsrat ...

Stenbal. Leiter der Volkswirtschafts- und Volksgesundheits- Der hiesige Unternehmerratsrat ...

Stenbal. Leiter der Volkswirtschafts- und Volksgesundheits- Der hiesige Unternehmerratsrat ...

Stenbal. Leiter der Volkswirtschafts- und Volksgesundheits- Der hiesige Unternehmerratsrat ...

Stenbal. Leiter der Volkswirtschafts- und Volksgesundheits- Der hiesige Unternehmerratsrat ...

Stenbal. Leiter der Volkswirtschafts- und Volksgesundheits- Der hiesige Unternehmerratsrat ...

Stenbal. Leiter der Volkswirtschafts- und Volksgesundheits- Der hiesige Unternehmerratsrat ...

Stenbal. Leiter der Volkswirtschafts- und Volksgesundheits- Der hiesige Unternehmerratsrat ...

Stenbal. Leiter der Volkswirtschafts- und Volksgesundheits- Der hiesige Unternehmerratsrat ...

Stenbal. Leiter der Volkswirtschafts- und Volksgesundheits- Der hiesige Unternehmerratsrat ...

Stenbal. Leiter der Volkswirtschafts- und Volksgesundheits- Der hiesige Unternehmerratsrat ...

Stenbal. Leiter der Volkswirtschafts- und Volksgesundheits- Der hiesige Unternehmerratsrat ...

Aus den Baugewerkschaften.

Vielstels. In der Internenzeitung „Das Baugewerbe“ wird berichtet der Lohn der Tischbauarbeiter vom 3. Juni an mit 81 % angegeben. Das ist nicht richtig. Der Tischbauarbeiterlohn beträgt vom genannten Tage an 98 %.

Hamburg. Verurteilung der Arbeiter. In diesem Jahre macht es sich besonders bemerkbar, daß bei den Kämpfen im deutschen Baugewerbe von den Internenorganisationen Anweisungen erteilt werden, aus dem Streikgebiet kommende Kollegen seien zu verlassen.

Hamburg. Verurteilung der Arbeiter. In diesem Jahre macht es sich besonders bemerkbar, daß bei den Kämpfen im deutschen Baugewerbe von den Internenorganisationen Anweisungen erteilt werden, aus dem Streikgebiet kommende Kollegen seien zu verlassen.

Hamburg. Verurteilung der Arbeiter. In diesem Jahre macht es sich besonders bemerkbar, daß bei den Kämpfen im deutschen Baugewerbe von den Internenorganisationen Anweisungen erteilt werden, aus dem Streikgebiet kommende Kollegen seien zu verlassen.

Hamburg. Verurteilung der Arbeiter. In diesem Jahre macht es sich besonders bemerkbar, daß bei den Kämpfen im deutschen Baugewerbe von den Internenorganisationen Anweisungen erteilt werden, aus dem Streikgebiet kommende Kollegen seien zu verlassen.

Hamburg. Verurteilung der Arbeiter. In diesem Jahre macht es sich besonders bemerkbar, daß bei den Kämpfen im deutschen Baugewerbe von den Internenorganisationen Anweisungen erteilt werden, aus dem Streikgebiet kommende Kollegen seien zu verlassen.

Hamburg. Verurteilung der Arbeiter. In diesem Jahre macht es sich besonders bemerkbar, daß bei den Kämpfen im deutschen Baugewerbe von den Internenorganisationen Anweisungen erteilt werden, aus dem Streikgebiet kommende Kollegen seien zu verlassen.

„Lachen links.“ Dieses Arbeiterblatt erscheint in seiner Nr. 29...

Die Schriftleitung der deutschen Wirtschaftspolitik. Unter diesem Titel hat der Verlag S. S. W. Bielefeld...

Der Heine-Broschens. Handbuch des Wissens in vier Bänden. Von dieser neuesten Schöpfung des Brockhausverlages ist die 2. Aufl. erschienen...

Bekanntmachung des Bundesvorstandes.

Ausgeschloffen auf Grund § 16 der Bundesstatuten sind von der Baugewerkschaft Bielefeld: August Zuercke, Maurer, geb. 5. 11. 1885...

Gefunden ist das Mitglied des Kollegen Kollerst junior, Maurer, geb. 20. 12. 1874 zu Werlun, bisher Mitglied der Baugewerkschaft Wilhelmshaven...

Vom 21. bis 27. Juli haben folgende Baugewerkschaften Gelder an die Hauptkasse geleandt: Albstadt 628,10, Auenberg 147,26, Aue 2142,99, Annaberg 229,36, Arnsberg 75,40, Augsburg 3693,70, Bad...

Armen 79,90, Bielefeld 825, Bielefeld 80, Kreuznach 300, Bielefeld 900, Bielefeld 900, Bielefeld 900...

Für die Woche vom 2. bis 8. August ist der 32. Bundesbeitrag für 1925 und der 1. Streifbeitrag zu zahlen.

Arnsberg 326,90, Meise 96, Neuburg a. D. 4, Nürnberg 10 365,99, Nürnberg a. d. B. 980,85, Nürnberg a. d. S. 242,15...

Von eingeleiteter Streitunterstützung zurück: Selmsfeld 36,50 A. Kalender: Mitting 57,50 A, Landeshut i. Bayern 8, Nidderberg 5...

Schneidemühl 12,50, Zwillingen 2,50, Zwillingen 2,50, Zwillingen 2,50, Zwillingen 2,50...

Sterbetafel.

Durch den Tod verlor der Bund folgende Mitglieder: Bayreuth, Kaspar Schill, Maurer, 34 Jahre alt. Breslau, Albert Langer, Hilfsarbeiter, 63 Jahre alt...

Genehmigte Bauarbeiter-Gewerkschaft „Selbsthilfe“, e. G. m. b. H. (in Liquidation). Liquidationsplan a. H. B. am 21. August...

Table with columns for assets (Aktiva) and liabilities (Passiva) for the liquidation of the building workers' union.

Zentral-Krankenkasse u. Sterbekasse d. Bauarbeiter Deutschlands.

Wir machen unsere Dreierverwaltungen und Mitglieder nochmals darauf aufmerksam, daß vom 1. Juli 1925 an die Beiträge wieder die folgenden sind...

Kugelnkäse advertisement with image of a cheese wheel and text describing the product.

Den Verbandskollegen empfehlen wir Uhren aller Art in nur anerkannt bester Qualität...

Gute Reste advertisement for Manchester and other fabrics.

Solidaritäts-Bleistifte advertisement for various writing instruments.

Maurerhosen advertisement for work clothes with a duck logo.

Billige böhm. Battfedern advertisement for affordable pillows.

Louis Mosberg, Bielefeld advertisement for a watchmaker.

Modellsteine

Für Lungenkranke!

Oeffentliche Dankschreiben über mit Philippsburger Lungengemüßsalz erzielte Erfolge: Der Arzt haunte über die rasche Besserung! Ich bitte um sofortige Zusendung von 4 Paketen Ihres Tees...

der Bauhilfsvereine in Bielefeld sind nunmehr wieder zu haben.

Nach kürzer Pause ist ihre Herstellung im vollen Umfang wieder aufgenommen. Bestellungen sind zu richten an: Bauhilfsvereine in Bielefeld, Bielefeld, Am Zehnhoj.

!! Pickel, Mitesser !!

Ein einfaches wunderbares Mittel teiler gegen jedes Hautleiden. Frau M. Polon, Hannover A. 15, Eichenstraße 30A.

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steingutindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, für Gipser, Püger, Stuckateure, Asphaltateure, Isolerer, Ziegleier, Ofenseher, Glaser aller Art, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld) Bestellungen nur durch die Post Schluß des Blattes: Donnerstags mittags	Herausgegeben vom Deutschen Baugewerksbund Hamburg 25, Wallstr. 1	Preis für Geschäftsanzeigen die zehnegespaltene Mittelzeile 1,25 M. Bei größeren Abschlüssen Rabatt, der nur als Kassarabatt gilt. Arbeitsmarkt die dreigespaltene Kleinzeile 3 M. Anzeigen der Baugewerkschaften Zeile 50 M.
--	---	---

Mitglieder des Baugewerksbundes! Es ist die Absicht der Bauunternehmerverbände und der hinter ihnen stehenden Großindustrie, die Bauarbeiterorganisationen niederzuringen, um ihnen den Achtstundentag zu entreißen und die Löhne zu kürzen! Ein Reichstaxivertrag soll Euch aufgezwungen werden, der all Euer Streben nach etwas mehr Licht und Lebensfreude, nach einem erträglichen Dasein lahmlegen soll! Gegen diese vom Unternehmertum beabsichtigte Vergewaltigung wehrt Euch! Bekundet Solidarität und Opfermut! Zahlt die vom Bundesrat beschlossenen Kampfsbeiträge gern und willig! Hoch der alte Kampfesgeist der Bauarbeiter! Hoch unser Bund! Alle Kraft gegen die Vergewaltigungsabsichten des Unternehmertums! Vorwärts für eine bessere Zukunft Eurer selbst und Eurer Familien!

Vorstand und Beirat des Baugewerksbundes und die Großkämpfe im Baugewerbe.

Am 27. Juli nahm in Hamburg der Bundesrat und -vorstand Stellung zu den Großkämpfen im Baugewerbe. Die Sitzung wurde 9 1/2 Uhr durch Paepow eröffnet. Er begrüßte die Erschienenen und stellte fest, daß alle Bezirke und der Ausschuß vertreten sind. Auch alle Vorstandsmitglieder sind anwesend. Der Verhandlung stand ein einziger, aber sehr wichtiger Gegenstand:

Bericht über den bisherigen Verlauf und derzeitigen Stand der Streiks und Ausperrungen im Baugewerbe und unsere Maßnahmen hierzu.

Den einleitenden Bericht erstattet der Bundesvorsitzende Paepow. Zunächst gibt er eine vorläufige Uebersicht über den Stand unserer Mitgliederzahl. Nach den letzten Feststellungen beträgt unsere Mitgliederzahl rund 370 000. Bei einer Anzahl Baugewerkschaften mußten leider bei dieser Berechnung die alten Zahlen eingeseht werden, weil die Fragebogen nicht beantwortet wurden. Die Arbeitslosigkeit war bisher immer noch recht nennenswert, so daß verhältnismäßig große Summen für Arbeitslosenunterstützung aufgewendet werden mußten. Die pünktliche Einsendung der Bundesbeiträge läßt immer noch viel zu wünschen übrig; es müsse immer wieder darauf gesehen werden, daß in dieser Beziehung auf größere Pünktlichkeit gehalten wird. Der Nebner geht hierauf ein auf den bisherigen Verlauf und den jetzigen Stand unserer Streiks und Ausperrungsbewegungen. In Württemberg haben die Kollegen in kurzer Zeit einen guten Erfolg erreicht. In Baden kam es vor ungefähr 6 Wochen zunächst zu Teilkämpfen, worauf die Unternehmer zur Ausperrung griffen. In gleicher Weise ist bisher der Kampf in Mecklenburg verlaufen. Es folgte der Freistaat Sachsen, wo im Verlauf von Teilkämpfen ebenfalls auf der ganzen Linie ausgesperrt wurde. In Berlin kam es zum Streik. Dort wurde ein ganz ungünstlicher Schiedsspruch gefällt, der vor allem wegen der großen Unterschiedspanne im Lohn zwischen Gelehrten und Ungelernten nicht angenommen werden konnte. In der Provinz Sachsen und in Anhalt wurde ohne jeden sachbaren Grund ausgesperrt. Auch der Streik in Cassel wäre zu erwähnen neben einigen kleineren, allerdings finanziell bedeutungslosen Streiks. Wir haben insgesamt rund 56 000 Mann im Kampfe. Es dürfte einleuchtend sein, daß ein Kampf von solchem Umfange aus den Kassen beständen und den täglich eingehenden Geldern auf die Dauer nicht finanziert werden kann. Der Vorstand mußte zu den bekannten außerordentlichen Maßnahmen greifen, wodurch eine Einsparung an Geldmitteln möglich wurde. Für die nächste Zeit sind die Unterstützungen gesichert. Doch damit allein dürfen wir uns nicht begnügen. Wir dürfen nicht warten, bis unsere Geldmittel erschöpft sind. Wenn der wohlüberlegte Plan des Unternehmertums geht dahin,

Großindustrie, bedeuten, um durch Massenausperrungen den Bund an den Verhandlungstisch zu zwingen zwecks Abschlusses eines Reichstaxi. Diese Herren möchten den Baugewerksbund bis zum Herbst mattsetzen, ihm dann einen minderwertigen, untragbaren Reichstaxivertrag aufzwingen, um dann im nächsten Jahre freie Bahn zu haben auf dem Baumarkt, der dann jedenfalls belebter sein dürfte als bisher, da dann durch Reichstagsbeschl. jedenfalls 20% aus den Mieteaufkommen für den Baumarkt zur Verfügung stehen dürften. Inwieweit Reichsstellen die sauberen Pläne der Unternehmer unterstützen, läßt sich natürlich nicht feststellen, doch wird die Tafel selbst angesichts verschiedener Vorkommnisse stark vermutet. Alle Nebner stimmen darin überein, daß sich der Bund

unter keinen Umständen niederzwingen lassen darf.

Zwischendurch wird über den Stand der derzeitigen Kämpfe berichtet. Daraus ergibt sich, daß die Ausperrungen bei weitem nicht den Umfang angenommen haben, wie es die Unternehmer beabsichtigt hatten. In allen Ausperrungs- und Streikgebieten kommt aber nur die Zahl Ausgesperrter und Streikender heraus, die Paepow statistisch hat feststellen lassen. Immerhin ist diese Zahl ansehnlich genug, um besondere Maßnahmen durch Erhebung von Extrabeiträgen zu veranlassen. Alle, die in Arbeit stehen, müssen dazu herangezogen werden. Der Baugewerksbund muß beweisen, daß er eine Kampforganisation ist und bleiben will. Ferner wird der Ansicht Ausdruck gegeben, daß alles versucht werden müsse, die Arbeitslosenunterstützung trotz der großen Kämpfe auch fernerehin aufrecht zu erhalten. Um so dringender aber erweist sich die Notwendigkeit der Einhebung besonderer Kampfsbeiträge. Nach Beendigung der Aussprache, in der auch die Redaktion dringend um eine bessere Berichterstattung über den Stand der Kämpfe für den „Grundstein“ ersucht, wird nach einem Schlußwort Paepows nachstehendes beschlossen:

Die den Bauarbeitern aufgezwungenen Kämpfe werden mit Energie fortgeführt. Es werden zur Unterstützung der Kämpfe zunächst für 3 Wochen von jedem in Arbeit stehenden Mitgliede besondere Kampfsbeiträge

erhoben und zwar für die 32., 33. und 34. Beitragswoche. Der Vorstand wird ermächtigt, im Bedarfsfalle noch weitere Kampfsbeiträge einzuhoben. Diese Kampfsbeiträge sind Pflichtbeiträge, sie müssen neben den ordentlichen Beiträgen schnellstens eingehoben und Zug um Zug der Hauptkasse zur Verfügung gestellt werden. Alle Unterstützungen sind für das ganze Jahr nach der Beitragshöhe des 1. Quartals 1925 zu berechnen. Die Kampfsbeiträge betragen je Woche bei einem	Stundenlohn bis 55 Pfennig	2 Mark
	" über 55 " 70 "	3 "
	" " 70 " 90 "	4 "
	" " 90 " 110 "	5 "
	" " 110 " "	6 "

Lehrlinge, Jugendliche, die Jugendmarken haben, und weibliche Mitglieder sind von der Zahlung der Kampfsbeiträge befreit. Sonstige örtliche oder bezirkliche Beiräte, betreffend Extrabeiträge, können während der Wochen bei Erhebung der Kampfsbeiträge in Wegfall. In Kampfgebieten, wo bereits höhere Streikbeiträge beschlossen sind, sind besondere Zusatzmarken für die zu den neuen Bedingungen Arbeitenden zulässig. Die in Bezirken- und Baugewerkschaftskassen befindlichen Streikfonds sind, soweit es noch nicht geschehen, sofort der Hauptkasse zur Verfügung zu stellen.

unsern Bund kampfunfähig zu machen, um ihm dann seine Bedingungen aufzwingen zu können. Diesen Unternehmertumstumpfen müssen wir mit allen Kräften verhindern. Wir müssen deshalb besondere Maßnahmen treffen, die uns verbürgen, alle Kämpfe bis zum guten Ende durchhalten zu können. Unbekümmert darum, ob wir zu etwaigen Verhandlungen über einen Reichstaxi kommen, was offenbar der Schlüssel der Vergewaltigungsabsichten des Unternehmertums ist, müsse die Frage der Erhebung von Extrabeiträgen erwogen werden; auch seien in den Kreis unserer Erwägungen besondere größere Streikbeiträge zu ziehen. Der Zimmererverband habe bereits besondere Beiträge beschlossen. Mögen auch bei uns Beschlüsse zustandekommen, die die Durchführung unserer Kämpfe gewährleisten, um den Unternehmern endgültig zu beweisen, daß unser Bund in keiner Weise unterliegen ist. Zum Schluß erwähnt der Nebner noch das Erscheinen von Abgesandten des Ausgeschlossenenverbandes im Hauptbureau zu Hamburg wegen Herbeiführung der Einheitsfront und des Uebertritts des Ausgeschlossenenverbandes zu unserem Bunde. Darüber werden wir uns noch besonders unterhalten müssen. In der Aussprache wird deutlich zutage, daß die jetzt im Gange befindlichen Kämpfe ein wohlhabendes Spiel der Bauunternehmer, unterstützt durch die

Hierauf berichtet Bernhard über die Vorbereitungen für die im September in Aussicht genommenen Werberveranstaltungen. Er bittet, recht bald die vorgelegenen Versammlungen und Referenten bekanntzugeben, damit eine rechtzeitige Veröffentlichung des Versammlungsablaufs im „Grundstein“ möglich ist.

Ueber die in der letzten Zeit wieder lautgewordenen Anträge des Verbandes der „Ausgeschlossenen Bauarbeiter“, sich mit dem Baugewerksbund zu vereinigen (siehe Grundstein Nr. 31), berichtet ebenfalls Kollege Bernhard. Er gedenkt der Vorgänge, die zur Abspaltung der „Ausgeschlossenen“ führten und beleuchtet die markantesten Vorkommnisse bis auf den heutigen Tag. Besonders beachtlich sind die Reden und Beschlüsse, die auf kommunistischen Tagungen erzeugt werden; denn der Verband der „Ausgeschlossenen Bauarbeiter“ ist ja keine selbständige Körperschaft, ist nicht frei in seinen Entschlüssen, sondern eine stark abhängige Filiale der kommunistischen Partei. Es ist auch bekannt, daß der „B. d. a. B.“ überall willfährig ist, die Beschlüsse der kommunistischen Partei auszuführen. Es sei nicht nötig, hier die vielen Befehle der kommunistischen Zentrale an ihre Mitglieder einzeln zu zitieren. Der Sinn aller Befehle ist: Ginein in die Gewerkschaften, um sie zu zerstören! Das befreiten zwar die Kommunisten, aber ihre Taten beweisen, daß ihre Reden Lügen sind. Der diesjährige kommunistische Parteitag, der in den letzten Wochen in Berlin abgehalten wurde, hat wieder mit aller Deutlichkeit bekundet, daß die zur kommunistischen Partei gehörenden Arbeiter verpflichtet sind, die Mitgliedschaft in den freien Gewerkschaften zu erwerben; nicht aber zu dem Zweck, gewerkschaftliche Aufbauarbeit zu leisten, sondern um kommunistische Zellen und Fraktionen zu bilden, kommunistische Parteiarbeit zu betreiben, fortgesetzt die „reformistischen“ Führer zu verdächtigen, solange zu wählen und zu hegen, bis der einzelne Verein und dann die ganze Gewerkschaft als gefügige Filiale der kommunistischen Partei anheim gefallen ist. Der derzeitige „Oberbozner“ der kommunistischen Partei, Thälmann, sagte auf dem Kongress: „Unsere Arbeit in den Gewerkschaften ist das Fundament unserer Organisation, der Grundbaustein unserer politischen Plattform... Solange wir nicht dazu übergehen, das Vertrauensmännerystem in den Betrieben auszubauen, die Betriebszellen in enge Verbindung mit den Massen in den Betrieben bringen, solange wird es uns nicht möglich sein, Aktivität in den Betrieben und Gewerkschaften zu entfalten... Unsere Genossen (die Kommunisten) müssen es endlich verstehen lernen, daß sie mehr Wert auf die gewerkschaftliche Tätigkeit in den Betrieben und auf die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften legen... daß es notwendig ist, Fraktionen zu bilden, um von diesen Fraktionen aus politische Arbeit zu leisten und dadurch den Kreis des Walles der Sympathisierenden zu erweitern. In jeder Gewerkschaft, in jedem Betrieb, in jeder Ortsgruppe ist es notwendig, die Gründung von Fraktionen auf schnellstem Wege sofort vorzunehmen, wo solche noch nicht bestehen... Durch rote Kartelle muß unsere Fraktionsarbeit bedeutend verstärkt werden.“ Nach dieser Rede sind dann folgende Bestimmungen in das Statut der kommunistischen Partei aufgenommen worden:

„In allen außerparteilichen Arbeiter- und Bauernorganisationen... Gewerkschaften, Genossenschaften... Betriebsräten, Erwerbslosenverbänden, auf Kongressen und Konferenzen... in denen wenigstens zwei Kommunisten vorhanden sind, müssen zur Steigerung des Einflusses der Partei und zur Verwirklichung ihrer Politik kommunistische Fraktionen organisiert werden... Die Fraktionen sind nicht selbständige Organisationen, sondern sie unterstehen den zuständigen Parteileitungen... Die Fraktionsleitungen bedürfen der Bestätigung durch die zuständige Parteileitung und sind dieser verantwortlich... Die Parteileitung kann jedes Mitglied der Fraktionsleitung abberufen... Die zuständige Parteileitung kann auch die Ueberführung einzelner Genossen von einer Fraktion in die andere erlauben... Jede Frage, die in der Körperschaft, in der die Fraktion tätig ist, entschieden wird, muß vorher in der Vollversammlung der Fraktion oder ihrer Leitung erörtert werden. In jeder Frage, über die in der Fraktion eine Entscheidung getroffen wurde, müssen die Fraktionsmitglieder in der Vollversammlung der betreffenden Organisation oder Körperschaft geschlossen auftreten und abstimmen. Gegen alle, die diese Regel überschreiten, werden Disziplinarmaßnahmen im Wege der Parteinstanzen getroffen.“

Nimmt man zu diesen Reden und Beschlüssen noch die Äußerungen nicht ganz unerwartlicher „Ausgeschlossener“, dann können wir uns ein klares Bild vor Augen stellen von den Zuständen, wie sie nach der Aufnahme des „B. d. a. B.“ in dem Baugewerksbund sein werden. Der Ausschuß des „B. d. a. B.“ hat seinen Sitz in Leipzig, der Ausschußvorsitzende heißt Groh. Dieser Groh erklärte am 8. April dieses Jahres in einer öffentlichen Bauarbeiterversammlung in Ditzschel nördlich:

Wir wollen in die Baugewerkschaften zurück, um dieselbe Politik zu treiben, wie wir sie in den Jahren 1922 und 1923 getrieben haben, selbst auf die Gefahr hin, daß wir in einem halben Jahre wieder rausgeschmissen werden.

Auch die Zeitung des „B. d. a. B.“, der „Bauarbeiter“ wird nicht ganz unmaßgeblich sein. Sie veröffentlichte in ihrer Nr. 7, 11. April 1925, folgende Erklärung:

Der Druck der deutschen Bauarbeiter auf die Bürokratie ist als nicht stark genug, um die Wiedervereinigung zu erzwingen. Es kommt nun darauf an, die Zellenarbeit in den Baugewerkschaften zu verstärken.

Von dem starken Drang nach der „Einheitsfront“ zeugt sicher auch die Einladung an die kommunistisch eingestellten Mitglieder unserer Leipziger Baugewerkschaft vom 26. Mai dieses Jahres:

Die nunmehr schon seit einem Jahre dauernden Versuche zur Bildung einer Fraktion innerhalb des Baugewerksbundes sind bisher immer wieder gescheitert. Wir wollen Euch in diesem Schreiben keinen Vortrag halten über die Notwendigkeit der Fraktionsarbeit innerhalb der Gewerkschaft. Unsere Aufgabe ist es vielmehr, zunächst endlich einmal dazu zu kommen, die Voraussetzung zu schaffen, daß auch im Baugewerksbund eine Fraktion gebildet und dort in unserm Sinne fraktionell gearbeitet wird.

Die kommunistische Partei will „ihre Gewerkschaften“ jetzt „liquidieren“. Die „liquidierten“ Mitglieder, das heißt, die Konturmasse sollen die richtigen Gewerkschaften übernehmen. Thälmann hat auf dem kommunistischen Parteitag erklärt, die kommunistischen Splittorganisationen hätten gar keinen Wert, die Auflösung einiger dieser Verbände sei auch schon weit vorgeschritten. Einen Kampffaktor sieht Thälmann noch in dem Bauarbeiterverband; hierin und in dem Widerstand des „größten Kommunistenfressers“ Paepow sieht er Hemmnungen gegen die „Liquidation“ des „B. d. a. B.“. Trotzdem, es soll „liquidiert“ werden.

Die „Liquidation“ können wir der kommunistischen Partei ruhig überlassen; aber wir werden uns hüten müssen gegen das Krebsgeschwür, das selbst die kommunistische Partei nicht vertragen kann. Wir müssen die liquidierte Konturmasse, die noch alles Gift der Zellen- und Fraktionsbildung in sich trägt, ablehnen. Wir sind jeden Tag zur Schaffung einer alle Bauarbeiter umfassenden Organisation bereit; aber gleich der kommunistischen Partei muß eine gute, arbeitsfähige Gewerkschaft die Unterwerfung aller Mitglieder unter die Satzung und die Beschlüsse der Bundestage und aller nachgeordneten Instanzen fordern. Die kommunistische Partei duldet keinen Widerspruch ihrer Mitglieder gegen Beschlüsse, die ordnungsmäßig zustande gekommen sind; nur bis zur Beschlußfassung darf über die vorliegenden Fragen diskutiert werden, dann hat sich jeder stillschweigend zu fügen. Nicht ganz soviel fordern die Gewerkschaften von ihren Mitgliedern, sie gewähren den „oppositionellen“ Mitgliedern noch einige Tage „Schimpffreiheit“. Wenn sie dann aber zur Ordnung gerufen worden sind, dann haben sie sich zu fügen und nach den Beschlüssen mitzuarbeiten. Der kommunistische Parteitag sagt an einer Stelle seiner Resolution zur Gewerkschaftsarbeit: „Die Gewerkschaften sind Kampforgane der gesamten Klasse, die alle Proletarier ohne Rücksicht auf ihre politische Einstellung umfassen kann und zusammenfassen muß zum Kampf für ihre wirtschaftlichen Interessen.“ — Das ist uns keine neue Idee, sondern es ist ein alter Grundsatz der wirklich freien Gewerkschaften. Bei der kommunistischen Partei ist dieser Satz nichts als Heuchelei, sonst hätte sie nicht ihre Beschlüsse zur Zellenbildung fassen und verschärfen können. Denn damit ist keine einheitliche Organisation aufzubauen und zu erhalten. Gätten die Ausgeschlossenen jemals den guten Willen zu einer Wiedervereinigung gezeigt, so hätten sie seit dem Leipziger Verbandstag dazu schon immer Gelegenheit gehabt. Der Wiedereintritt in unsern Bund ist ihnen so leicht gemacht, daß jedem, der den ehrlichen Willen zur Gemeinschaftsarbeit hat, jederzeit Gelegenheit geboten ist, unsern Bund als Mitglied wieder anzugehören. Das haben besonders seit dem Bundestag 1924 Tausende bereits eingesehen; sie haben die Konsequenzen gezogen und sind dem Baugewerksbunde wieder beigetreten. Warum zögern die übrigen?

Kollege Bernhard fragte am Schluß seiner Ausführungen: „Können wir von dem Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter“ oder von seinen einzelnen Mitgliedschaften erwarten, daß sie anders handeln, als die kommunistische Partei?“ Und er antwortete: „Nein! Der B. d. a. B. wird wie die kommunistische Partei und ihre offiziellen und inoffiziellen Filialen fortfahren mit dem Zellen- und Fraktionsbau, fortfahren mit der Verhegung in den Gewerkschaften, mit der Beschimpfung und Verleumdung ihrer Führer. Solange dies geschieht, kann eine korporative Vereinigung und Einheitsfront, so sehr dies mancher auch wünscht, für uns nicht in Frage kommen.“

Die Beiratskonferenz stimmte den Ausführungen des Kollegen Bernhard vollkommen zu. Ferner wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Bildung gemeinsamer Streikkomitees abzulehnen sei.

Es folgte noch eine Erörterung über die Führung der Zulistatistik in den Bezirksverbänden, die zur Zeit der statistischen Feststellungen im Kampfe standen. Des ferneren machte Kollege Hielberger noch einige Mitteilungen über die Fertigstellung der Ehrenurkunden für langjährige Mitglieder, die sich verzögern wird, weil der Erzdruß nicht fauber herausgefunden ist.

Damit war der Beratungsstoff erschöpft. Kollege Paepow wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß nunmehr den Bezirksleitern in ihren Gebieten wichtige Arbeit bevorstehe. Selte es doch jetzt, die gefassten Beschlüsse praktisch wirksam zu machen, den Kollegen die Notwendigkeit und Bedeutung der beschlossenen Kampfmaßnahmen zum Bewußtsein zu bringen, den alten Opferstirn und Kampfesmut zu wecken, um unter allen Umständen die Bergewaltigungspläne der Unternehmer zum Scheitern zu bringen. Das ist unsere nächste und dringendste Aufgabe. Der Redner schließt dann die Konferenz um 7¼ Uhr abends mit Wünschen glücklicher Heimreise.

Die Bauhütten im Kampf der Bauarbeiter.

Der Schließliche Provinzial-Arbeitgeberverband für das Baugewerbe hat sich unter dem 9. Juli mit einem Rundschreiben an die Auftraggeber des Baugewerbes gewandt, um sich gegen den Vorwurf der Nachgiebigkeit gegenüber den Lohnforderungen der Bauarbeiter zu verteidigen. Darin ist die Bedeutung der Bauhütten für die Kämpfe der Bauarbeiter so gut dargestellt, daß alle unsere Mitglieder davon Kenntnis nehmen sollen. Wir bringen daher mit folgendem das von dem Vorstehenden des Verbandes, Red., und dem Schriftführer Dr. Hochbaum unterzeichnete Schreiben in seinem vollen Wortlaut zum Abdruck:

„Von unsern Auftraggebern (Behörden, Industrien und sonstigen Bauherren) wird uns des öftern der Vorwurf gemacht, daß wir hinsichtlich der Lohnforderungen der Gewerkschaften allzu nachgiebig seien und demgemäß die Bauarbeiterlöhne an der Spitze marschieren. Die industriellen Auftraggeber weisen nicht mit Unrecht darauf hin, daß durch die dauernden Lohnerhöhungen im Baugewerbe das gesamte

chließliche Lohnniveau ins Gleiten geraten wird und zu einer wirtschafts- und währungspolitischen Katastrophe führen muß. Die Behörden sind in letzter Zeit zum Teil dazu übergegangen, Arbeiten nur noch zu Festpreisen zu vergeben, um auf diese Weise nachträgliche Lohnerhöhungen auf andere Schultern abzuwälzen. Unseres Erachtens ist dies jedoch lediglich ein oberflächliches Mittel, das nicht den gewünschten Erfolg zeitigen kann. Hier heißt es, tiefer zu greifen, das Uebel an der Wurzel fassen und auf diese Weise mitzuhelfen, die stetigen Lohnerhöhungen im Baugewerbe in vernünftigeren Bahnen zu lenken. Der Auftraggeber, und speziell der Auftraggeber, kann das Baugewerbe hierin in weitestem Maße unterstützen. Wenn uns, wie bereits oben erwähnt, vorgeworfen wird, daß wir in Lohnforderungen allzu nachgiebig sind, so entbehrt dieser Vorwurf seiner Berechtigung, besonders wenn man daran denkt, daß wir Aufsperrungen nicht in dem Maße durchführen können, wie zum Beispiel die Metallindustrie oder die Textilindustrie. Im Baugewerbe ist der schrittweise, der uns bei Lohnkämpfen in den Mäulen fällt, der

sich die Kampfonjunktur zunutze macht, um sein Arbeitsfeld zu vergrößern oder aber um Sacharbeiter für seine eigenen Betriebe freizumachen — die Bauhütte. Wenn das Baugewerbe dafür kämpft, daß Lohnerhöhungen im Interesse seiner Auftraggeber unterbleiben, dann halten die Bauhütten ihre große Ernte ab und holen noch diejenigen Aufträge herein, die durch den Streik beziehungsweise die Aufsperrung den im Wirtschaftskampfe befindlichen Baugewerkschaften bevorzugen sind. Jeder Auftraggeber weiß, daß heute im Baugewerbe untreibbar ein Mangel an Facharbeitern herrscht, daß infolgedessen eine Verlängerung der Arbeitszeit über 8 Stunden gerade im Baugewerbe demgemäß an Platte wäre. Diese Verlängerung ist in allen andern Industrien durchführbar, nur nicht im Baugewerbe. Hier steht wiederum die Bauhütte in unserm Rücken, die bei Wirtschaftskämpfen über Verlängerung der Arbeitszeit „in brüderlichem Geiste“ ihre gewerkschaftlichen Schöpfer unterstützt.

Einzelne Auftraggeber lauten sich nun verteidigen, der Bauhütte beschuldigen den Auftrag zu geben, weil sie meinen,

